



II – 1645 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 73 75 07
Fernschreib-Nr. 111800
DVR: 0090204

Zl. 5906/5-Info-87

704 IAB

1987 -08- 27

zu 662 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Probst und Genossen vom 2. Juli 1987,
Nr. 662/J-NR/87, "Warteliste für neue
Telefonanschlüsse in der Steiermark"

Ihre Fragen beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Post- und Telegraphenverwaltung hat in den letzten Jahren besondere Anstrengungen unternommen, um einen raschen Abbau der einzelnen Wartelisten zu erreichen. So konnte in der Steiermark eine Verringerung der Anzahl nicht herstellbarer Fernsprechan schlüsse von 34.595 Ende 1980 auf 9.162 (Stand Ende Juni 1987) Anschlüsse bewirkt werden; somit hat die Steiermark nicht "die längste" Warteliste Österreichs.

Im übrigen erscheint es nicht zielführend, die in den Wartelisten enthaltenen absoluten Werte für relativierende Betrachtungen über den fernmeldemäßigen Versorgungsgrad einzelner Bereiche heranzuziehen. So hat sich die Versorgungsdichte des Bundeslandes Steiermark seit 1970 mehr als vervierfacht und liegt derzeit bei fast 32 Fernsprechhauptanschlüssen je 100 Einwohner. Damit liegt die Steiermark bezüglich der Fernmeldeversorgung durchaus im österreichischen Durchschnitt.

Zu den Fragen 2 und 3:

Die Post- und Telegraphenverwaltung wird sich selbstverständlich weiterhin um einen zügigen Abbau der steirischen

- 2 -

Warteliste bemühen. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß dies in mancher Hinsicht schwieriger ist als beispielsweise in dem im Motiventeil zitierten Bundesland Tirol. Dies deshalb, weil die Ausbauten des Fernmeldeleitungsnetzes vor allem in den zahlreichen sehr weitläufigen Streusiedlungsgebieten der Steiermark - eine derartige Siedlungsform ist in Tirol fast nirgends anzutreffen - nicht nur sehr kostenaufwendig, sondern auch überaus arbeitsintensiv sind.

Von einer "Benachteiligung" der Steiermark kann aber jedenfalls nicht gesprochen werden, da die Post- und Telegraphenverwaltung ihre Investitionstätigkeit in den einzelnen Bundesländern nach objektiven Kriterien vornimmt.

So wurde 1986 in der Steiermark in den gesamten Fernmeldesektor und somit auch in den Telefonausbau rd. 1,5 Mrd S investiert, 1987 sind Investitionen von rd. 1,7 Mrd S vorgesehen.

Wien, am 25. August 1987

Der Bundesminister

